

Bestrafen der Armen

Claus Stille

Wer von uns sich noch einen kritischen Menschenverstand bewahren und nur deshalb nicht durch lobbygesteuerte Meinungsmache und auf die Massen aus fast allen Rohren schiessenden Medienmainstream auf falsche Wege bzw. hinter die Fichte geführt werden konnte, dürfte durch das hier zu besprechende Buch vollends aufwachen. Und es am Ende mit ziemlicher Sicherheit tief erschrocken und bedrückt wieder zuschlagen.

Das Buch ist nicht gerade als Sommerurlandslektüre zu empfehlen. Es sei denn man reist in ein sehr heisses Land. Denn, schlägt man es auf, entströmt ihm nahezu aus jeder Seite ob des dort Beschriebenen eine gewaltige (soziale) Kälte, die einen selbst bei 45 Grad Hitze zum Bibbern bringen dürfte. Aber der Rezensent warnt: Diese Buch kann Depressionen auslösen! Was freilich dem Thema und nicht dem Überbringer der schlechten Nachrichten, Professor Wacquant, zuzuschreiben ist.

Wohin mit den Überflüssigen?

Seit mindestens zwei Jahrzehnten gewinnt über uns der Neoliberalismus mehr und mehr die Oberhand. Nur wenige profitieren davon. Viele geraten dagegen auf die Verliererstrecke. Sie verarmen. Wohin mit ihnen? Was machen mit den Überflüssigen, die das neoliberale, vorgeblich alternativlose, Gesellschaftsmodells am laufenden Band produziert? In Europa haben wir (oder muss man mittlerweile ehrlicher schreiben: hatten?) immerhin den über viele Jahrzehnte hart und einst auch mit Todesopfern erkämpften Sozialstaat. Einen Sozialstaat, der arbeitslos gewordene oder nicht arbeitsfähige Menschen in einem sozialen Netz auffängt und diesen so ein Leben

in Würde ermöglicht. Mit einem Male schien das aber nicht mehr möglich. Als Gründe wurde uns die Globalisierung - Stichwort: Wettbewerbsfähigkeit - verkauft. Plötzlich galten die aus der (Arbeits-)Welt gefallen Mitmenschen sozusagen als Schmarotzer, die auf Kosten der für Geld hart arbeitenden Menschen, lebten. Die Menschen, die anscheinend nicht arbeiten wollten (obwohl gar nicht genügend Arbeitsplätze für sie da waren!), tönnte die Politik - angetrieben von Arbeitgeberverbänden - bräuchten Anreize um eine Arbeit aufzunehmen.

Wie die US-amerikanische Saat selbst bei Sozialdemokraten fruchtet

In Deutschland entblödete sich ein Sozialdemokrat - der frühere Arbeitsminister Franz Müntefering in der rot-grünen Regierung von Gerhard Schröder und Joschka Fischer - vor dem Hintergrund der Hartz-Gesetze (Agenda 2010) nicht einen Satz wie diesen auszusprechen: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ Betreffs diesen Satzes verwies Müntefering einerseits auf die Bibel bzw. den SPD-Gründer August Bebel. Jedoch geht man mit beiden Quellen bezüglich des Müntefering-Satzes fehl. Weder Bibel noch Bebel könnte man sagen. In

der Bibel steht „Wenn jemand nicht arbeiten will, soll er auch nicht essen“. Bebel seinerseits bezog sich in „Die Frau und der Sozialismus“ wie Jens Berger (NachDenkSeiten) in anderem Kontext neulich klarstellte „nicht auf die Ärmsten der Gesellschaft, sondern auf die Oberschicht, die „Nichtarbeiter und Faulenzer der bürgerlichen Welt“.

Wie auch immer: Der Aufschrei in der deutschen Gesellschaft ob des Münteferingschen Sagers blieb damals - die Linkspartei ausgenommen - eher verhalten..

Viele Leute, vornehmlich die, die noch in Lohn und Brot waren, also täglich hart arbeiteten, hielten ihn sogar offenbar für richtig. Sollten die in der „sozialen Hängematte“ liegenden Mitmenschen doch etwas tun für das Geld vom Staat! Diese Leute waren manchen doch schon immer ein Dorn im Auge gewesen. Und das Schlimme an diesem US-amerikanischen Gedankengut: Es fruchtet nicht selten gar bei den von der Kujonierung durch dieses nach Westeuropa importierte System Betroffenen. Ich selbst hörte einmal gewiss selbst prekär bezahlte Wachleute auf dem Hauptbahnhof in Dortmund sagen: Besser so arbeiten

als arbeitslos zu sein. Sie realisierten nicht, dass die Allgemeinheit die Prekarisierten als sogenannte „Aufstocker“ zusätzlich finanzieren (im Grunde doch eine Subvention!) muss, während der private Arbeitgeber am Lohn spart, was seinem Profit zugute kommt. Endlich, so meinten damals viele in Deutschland, noch mit anständig entlohnten Arbeitsverhältnissen, griff der Staat mal durch! Bei denen, die dem Staat angeblich auf der Tasche liegen. Die Medien sorgten mit einem Dauerfeuer dafür, dass diese Sicht in die Köpfe der Menschen gehämmert wurde. Dieses hier erwähnte Beispiel kommt nicht im hier vorgestellten Buch vor. Es zeigt jedoch, wie diese im US-Labor entwickelte Saat ganz und gar von Sozialdemokraten oder Sozialisten - sei es in Deutschland oder in Frankreich - als scheinbar rettender Strohhalm ergriffen und per Gesetz in die Tat umgesetzt wurde. Wo es doch die eigentliche Aufgabe der Sozialdemokratie gewesen wäre, derlei Sozialkahltschlag zu verhindern ...

Woher die Inspirationen für die westeuropäischen Sozial„reformen“ kamen

Nun aber zum Buch „Bestrafen der Armen. Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit“ von Loïc Wacquant. Schon nach wenigen gelesenen Buchseiten beschleicht einen nicht nur ein mulmiges, und immer mulmiger werdendes Gefühl, sondern man ahnt schon sehr bald, woher europäische Regierungen

der letzten Jahrzehnte (darunter ausgerechnet sozialdemokratische, wie die von Labour in Grossbritannien und die SPD geführte in der BRD) ihre Inspirationen für Sozial„reformen“ her haben: Aus dem Land unbegrenzten Möglichkeiten, den USA! Immerhin muss man ihnen zugestehen, ganz so brutal wie die US-Amerikaner haben sie es dann doch nicht getrieben. Was damit zusammenhängt, dass der Sozialstaat in den europäischen Ländern einen ganz anderen Stellenwert besitzt. Während es in den USA im Grunde nie etwas vergleichbares wie diesen europäischen Sozialstaat gab. Dort setzte man eher auf *welfare*, auf Wohlfahrt. Und den Almosenstaat.

Wiederauferstehung eines Leviathans

Der Autor des Buches, Loïc Wacquant, Soziologieprofessor an der Berkeley University of California und Wissenschaftler am Centre de Sociologie Européenne in Paris, hat in seinem bereits im Jahre 2009 in 1. Auflage und nun in 2. Auflage erschienenen Buch die zunächst in den USA ins Werk gesetzte und dann quasi nach Europa übergeschwappte Ausweitung des Strafrechtsstaats, mit dem sukzessiven



Loïc Wacquant

Abbau des Sozialstaates und der damit verbundenen Zunahme sozialer Unsicherheit, voranging beschrieben. Wacquant stellte fest, was einem im ersten Moment womöglich einigermassen absurd vorkommen will: Nämlich, dass ein Zusammenhang zwischen dem Abbau des Sozialstaates und der Ausweitung eines verstärkt strafenden Staates besteht. Eines „neuen“ Strafrechtsstaates namentlich, der hauptsächlich in den USA zu beobachten ist, worin die Gefängnisse dazu missbraucht werden, die Überflüssigen der neoliberalen Gesellschaft aus dem Blickfeld der Gesellschaft zu verbannen. Und dies, nachdem auch in den USA etwa in den 1960er Jahren sich die Erkenntnis durchgesetzt hatte, dass übermässig strenges Strafen nicht unbedingt zur Verringerung oder gar einer Verhinderung von Kriminalität führt. Es begann also ein (nicht nur in dieser Beziehung) gesellschaftliches Rollback. Wacquant schreibt in diesem Kontext von der Wiederauferstehung eines Leviathans. Eines, nach Thomas Hobbes kirchlichen und staatlichen Gemeinwesens. Hobbes lehnte sich dabei an das biblisch-mythologische Seeungeheuer Leviathan an. Gegen dessen Allmacht soll jeder menschliche Widerstand zwecklos gewesen sein. Allein Gott konnte es schliesslich unternehmen, dieses schreckliche Wesen zu töten. Nach Hobbes Leviathan war dieser ein Souverän, der über Land und Leute mit sozusagen eiserner Knute herrschte. Ein Körper, der aus den Menschen besteht,

mn. In der Schweiz wird das Prinzip durch sogenannte „Sozialfirmen“ umgesetzt. Auch zweiter Arbeitsmarkt genannt. Meiner Meinung nach ein profitables Geschäft auf Kosten der „aktivierten“ Menschen. Es sind Angebote für Langzeitarbeitslose, für Menschen, die ausgesteuert sind und Sozialhilfe beziehen. Bei ihnen funktioniert das Spiel von Druck und Sanktion wunderbar. In der offiziellen Sprache werden dann Worte benützt wie: Arbeitsintegration, Eingliederung, Arbeit statt Sozialhilfe, Integration statt Rente, Fördern und Fördern. Mit im Spiel ist immer ein Vorzeigebetrieb mit Namen „Sozialfirma“. Die arbeiten mit einem „Kompetenzzentrum“ oder einer „Fachstelle“ zusammen, die von Amtes wegen die einen den anderen zuweist.

Mitte Mai 2013 lancierte der Bund die Kampagne „Nationales Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut“. Da ist von Bildung, von Förderung die Rede. Massnahmen und Unterstützungsprogramme geben sich die Hand. Wenn man das mehrseitige Papier liest, steht da, dass mehr Geld in Sozialfirmen gebuttert werden soll. Denn irgendwie sollten die finanziert werden können. Das würden der Bund und die Kantone und Gemeinden gerne machen, wenn dadurch die Sozialhilfebezügler und vermutlich auch jene, die IV beziehen, versorgt und beschäftigt würden. Nach zwei Fachtagungen werden alle Sozialfirmen und die beteiligten Akteure vernetzt. Unter anderem auch Gewerkschaften und Hilfswerke. Interessant der Satz: „(...) Gestützt auf die Evaluation entscheidet das SECO im Herbst 2013, ob dem Bundesrat beantragt werden soll, die neue Massnahme Arbeitsintegrationszuschüsse für Langzeitarbeitslose in Sozialfirmen für maximal 4 Jahre befristet landesweit einzuführen (Art. 75b AVIG). (...)“

Verstehe ich das richtig? Da werden Firmen aufgebaut, welche Leute beschäftigen, die ihren Lohn vom Staat erhalten und wo Leute arbeiten, die diese Menschen kontrollieren. Da wird also produziert, Gewinn erwirtschaftet? Auf Kosten von wem? In dem System, in dem wir leben, gibt es immer Gewinner, Menschen die mehr verdienen als andere, die durch anderer Arbeit sich ein schönes Leben leisten können.

Genau das stelle ich mir auch bei diesen sozialen Firmen vor. Denn wozu bräuchte es sie sonst? All die an sozialen Hochschulen ausgebildeten müssen beschäftigt werden. Produzieren für die Mülltonne? Wer macht das ausser der Lebensmittelindustrie? Sie verstehen was ich meine?

welche in den Gesellschaftsvertrag eingewilligt hatten.

Das im US-Labor Ausprobierte - Von *welfare* zu *workfare*

Es dämmert einem als Leser von Wacquants Buch rasch: Was in dessen Vorwort steht, „Die USA dienen“ (und tun dies wohl auch weiterhin) „als Labor für die neoliberale Zukunft“, stimmt. Wenn wir Augen haben zu sehen, können wir die im US-Labor ausprobierten „Züchtungen“ an unseren Gesellschaften auch bei unseren, vielleicht im Vergleich zu denen (noch) etwas schwächeren, Nachzuchtungen ablesen.

Eine jener US-„Züchtungen“, die im weiteren Verlauf Züchtungen in Form von Sanktionen heraufbeschwören können (für den Fall, dass Menschen nicht spüren, wie es die verschärften Gesetze vorsehen) ist in der US-amerikanischen Abkehr von *welfare* (Wohlfahrt), welche über die Jahre hinweg zunehmend von einem System des *workfare* abgelöst wurde. Der Begriff *workfare* ist in Anlehnung an *welfare* entstanden. Er bezeichnet laut Wikipedia „ein arbeitsmarktpolitisches Konzept, welches staatliche Transferleistungen mit einer Verpflichtung zur Arbeitsaufnahme verknüpft.“ Das in den Vereinigten Staaten in den 1990er Jahren entstandene Modell zielt darauf ab, ohne zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen „möglichst viele Transferbezieher dazu zu bringen, eine unsubventionierte Beschäftigung auf dem regulären Arbeitsmarkt anzunehmen“.

Der deutsche Sozialdemokrat Müntefering drückte es weniger verschwiegelt aus: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ Das US-amerikanische *workfare* stand also gewissermaßen Pate für die bundesdeutsche Agenda 2010. Dass die von diesem System unter die Knute genommenen Menschen in den seltensten Fällen wieder auf dem „regulären Arbeitsmarkt“ Fuss fassten, wurde von den Müttern und Vätern der damit verknüpften Gesetze verdrängt. In zwar etwas abgeschwächter Form ist es mit diesem System in praxi jedoch wie in den USA: Bekämpft wird im Grunde genommen nicht die Armut, sondern die Armen.

Würdige, Unwürdige und die „Gefängnisbulimie“

Der Autor hat den Strafrechtsstaat in den USA einer gründlichen Analyse unterzogen. Damit gewinne man, schreibt er auf Seite 41, „unentbehrliches Material für eine historische Anthropologie der sich derzeit vollziehenden Erfindung des Neoliberalismus, denn seit dem Bruch Mitte der 1970er Jahre war Amerika der

theoretische und praktische Motor der Entwicklung und weltweiten Ausbreitung eines politischen Projektes, dessen Ziel es ist, alle menschliche Tätigkeit der Vormundschaft des Marktes zu unterstellen“. Das bedeutet eben auch die Menschen in „Würdige“ und „Unwürdige“ einzuteilen. Will sagen: Nützliche und überflüssige Menschen. Millionen



Menschen dümpeln in den USA von prekärerem Job zu prekärerem Job. Wieder andere landen wegen der eingeführten „Nulltoleranz“ schon wegen Bagatelldelikten im Gefängnis. Neben dem die Menschen drückenden und unter Kontrolle stellenden und bei Verstößen gegen die Auflagen sanktionierenden System des *workfare* kommt für einen Teil der Überflüssigen ein anderes in Anwendung, das *prisonfare*.

Der Autor spricht von einer „Gefängnisbulimie“. Seit den 1970er Jahren stieg die Zahl der in den USA Inhaftierten stetig an. Nach der Reform des Sozialstaats in der Amtszeit des Präsidenten Bill Clinton im Jahre 1996, bei der die Ärmsten der Armen noch einmal tiefe Einschnitte hinnehmen mussten, erfolgte überdies eine Verschärfung des Strafrechts. Sicherheitsfirmen hatten Hochkonjunktur. Private Gefängnisse - ein regelrechter

Gefängnis-Komplex entstand - hatten sozusagen Hochkonjunktur. Wacquant nimmt den Leser mit auf eine düstere Reise in das „US-amerikanische Gefängnis-Archipel“. Gefangene werden zwischen den einzelnen Bundesstaaten hin und her verschoben. Die Anstalten seien, notiert der Autor, nicht selten bis zum Bersten überfüllt. Einmal ist davon die Rede, wie Neuankömmlinge vor Gefängnissen mit Bussen sogar hin- und hergekartet werden (müssen), bis endlich wieder Plätze im Knast frei werden. Die frischen Gefangenen dürfen dabei die Busse auch bei brütender Hitze nicht verlassen. Nicht selten sind sie gezwungen darin zu urinieren. In ihrer Platznot griff New York sogar auf Gefängnislastkähne zurück. Unmenschliche Zustände, die den Leser tief beeindruckten, ja: im Innersten bedrückten!

Diese Zustände bedenkend, dämmert einem an mancher Buchstelle, woher es kommen mag, dass Gefangene der USA in Guantánamo und anderswo wie Vieh oder noch schlimmer behandelt werden. Manches mal möchte man ob des Beschriebenen angewidert und wütend das Buch sinken lassen. Doch nur Mut: Wir sollten diese Zustände und die „Denke“, die sich hinter diesem menschenunwürdigen System steht, unbedingt zur Kenntnis nehmen. All dies hat auch mit der Geschichte der USA zu tun, wie Wacquant ausführt. Gewiss auch mit der Sklaverei und der Rassentrennung.

Scheinlösungen, der Einfluss der Medien und intellektueller Schwindel

Uns Europäer sollte vor allem schwer zu denken geben, wieso einige unserer Regierungen (und von denen ausgerechnet auch noch sozialistisch, sozialdemo-

Pierre Félix Bourdieu (1930 - 2002) der politische Intellektuelle, war einer der renommiertesten französischen Soziologen des 20. Jahrhunderts. Bourdieu verband subjektive Faktoren mit objektiven Gegebenheiten.



Bekannt geworden ist seine Solidarisierung mit streikenden Bahnarbeitern auf einer Betriebsversammlung im Gare de Lyon am 13. Dezember 1995. Im Jahre 1998 unterstützte er die Arbeitslosenbewegung in Frankreich, war Mitbegründer der globalisierungskritischen Bewegung attac und trat im Mai 2000 für eine Vernetzung der sozialen Bewegungen in Europa gegen den Neoliberalismus ein.

Seit 2005 fördert und koordiniert die Stiftung Pierre Bourdieu in Genf im Sinne des Namensgebers internationale wissenschaftliche und politische Debatten und Projekte der verschiedenen Sozial- und Humanwissenschaften. Einige der Leitbegriffe Bourdieus werden inzwischen häufig in Politik, Kultur und Wissenschaft verwandt.

Quelle: wikipedia



kratisch geführte, wie die französische von Lionel Jospin, die britische von Tony Blair und die von Schröder in der BRD) Anleihen von dem US-amerikanischen *workfare* und *prisonfare* genommen haben. Gewiss hat dies mit neoliberalen Einflüsterungen seitens Kapital und Grosskonzernen zu tun. Wacquant geht besonders am Beispiel Frankreichs sehr genau darauf ein. Dabei kommt ihm (und uns) zugute, dass er sowohl in den USA, als auch in Frankreich forscht. Hauptsächlich dort, konstatiert er, sei diese US-amerikanische Nulltoleranz-Politik und Wegsperrmentalität stark abgekupfert worden. Auch andere westeuropäische Politiker seien regelmässig in die USA gepilgert um sich von diesem System überzeugen zu lassen und es in der Heimat schliesslich als Heilmittel zu preisen.

Dabei entbehren diese US-amerikanischen Heilmittel, erfahren wir, hauptsächlich die angeblichen Erfolge auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung, meist jeder wissenschaftlichen Untermauerung. Rückgänge von Kriminalität - so etwa die der Stadt New York, welche dem Bürgermeister Rudolph Guiliani zugeschrieben werden - hätten ganz andere Ursachen. Das Wegsperrn sei viel mehr politisch gewollt. Auch gaukelten gewisse Fernsehsendungen die Notwendigkeit und Nützlichkeit dessen tagtäglich vor.

Es werde damit auch ein bei den Zuschauern vorhandener Voyeurismus bedient. Denen würden Schreckensszenarien präsentiert. Immer wieder auch über die angeblich an jeder Ecke lauende Gefahr durch Kinderschänder. Ehemalige Straftäter werden in den USA in manchen Bundesstaaten für jedermann öffentlich gemacht. Förmliche Hetzjagden finden statt. Dabei hat die medial und durch manche Law-and-order-Politiker heraufbeschworene Gefahr überhaupt nichts mit der Wirklichkeit zu tun. Längst schwappt Ähnliches nach Europa über. Auch Theorien, wie die, dass jede noch so kleine Tat, etwa ein von jemandem zerschlagenes Fenster (Broken-Windows-Theorie) automatisch weitere, sogar schlimmere, Verbrechen auslöse. Dazu zählt auch die Ausweitung des Sammelns von DNA-Proben auch bei Tätern, welche keine Sexualstraftaten begangen haben.

Äusserst bedenklich ist, dass derlei Theorien (offenbar auch gegen den Rat von hiesigen Wissenschaftlern, die es aus Praxisstudien besser wissen) aus den USA nach Westeuropa importiert werden!

Loïc Wacquant schreibt auf Seite 273 „In Wirklichkeit sind die vier Hauptsätze der neuen Sicherheitsbibel 'made in USA', die nun überall in Westeuropa Verbrei-

tung findet, bar jeder wissenschaftlichen Gültigkeit, und ihre praktische Wirksamkeit beruht auf einem kollektiven Glauben, der jeder realen Grundlage entbehrt. Aber dergestalt miteinander verknüpft, funktionieren sie als weltweite Abschussrampe für einen intellektuellen Schwindel und eine Übung in politischen Taschenspielertricks, die, indem sie einem extensiven Polizeiaktivismus eine pseudo-akademische Beglaubigung erteilen, massiv zur Legitimierung der Wende zum strafrechtlichen Management der sozialen Unsicherheit beitragen, die der Staat durch seinen sozialen und ökonomischen Rückzug allerorts erzeugt“.

Ein Sozialstaubsauger, der den menschlichen Abfall beseitigt

Dazu gehört traurigerweise, was Wacquant auf Seite 278 im Hinblick auf die Verhältnisse in Frankreich („Wegsperr-Verirrung à la française“) sagt: „Doch der Einsatz des Gefängnisses als eine Art Sozialstaubsauger, der den menschlichen Abfall der derzeitigen ökonomischen Transformation beseitigt und die Schlacke der Marktgesellschaft - die kleinen Gelegenheitsgauner, die Arbeits- und Mittellosen, die Obdachlosen und die Immigranten ohne Papiere, die Drogenabhängigen, Behinderten und psychisch Kranken, die durch die Maschen des ausgeleierten Netzes von Gesundheits-

wesen und sozialer Sicherheit gefallen sind, sowie Jugendliche aus den Unterschichten, die durch die Normalisierung der prekären Lohnarbeit zu einem Leben mit marginalen Jobs und Durchwürsteln bestimmt sind - aus dem öffentlichen Raum entfernt, ist eine Verirrung im strengen Sinne des Wortes, eine *aberration*, wie sie das Wörterbuch der Académie française aus dem Jahre 1835 definiert: eine *geistige Verwirrung* und ein *Irrtum*, politisch wie strafrechtlich.“

Das Regieren mit der sozialen Unsicherheit: Letzten Endes demokratiezersetzend

Zum Ende kommt der Autor mit „Theoretischer Schlusspunkt: Ein Abriss des neoliberalen Staates“. Wir erfahren noch einmal, wie soziale Unsicherheiten dem neoliberalen System sozusagen zuarbeiten. Wie *workfare* und *prisonfare* dabei ihren jeweiligen perfiden Zweck erfüllen und zusammenkommen (ab Seite 293), sowie welche „theoretische (Nach-)Wirkungen“ dabei zu konstatieren sind. Und wie mit dieser sozialen Unsicherheit regiert wird, um die Überflüssigen in der Gesellschaft zu binden, aus dem Gesichtsfeld der Gesellschaft zu vertreiben, sie irgendwie zu vernutzen oder im Gefängnis wegzusperrern mittels eines rigorosen Strafrechtsstaates. Viele Menschen kommen aus diesem Teufelskreis nicht mehr heraus. Nicht Wenige stolpern vom *workfare*- ins *prisonfare*-System. So oder so geraten sie zwischen eine Art von Mühlsteinen, werden psychisch und physisch zermalmt. Mehrmals im Buch muss man sich fragen: Warum machen die Menschen das eigentlich mit? Wieso begehren sie nicht zu Millionen auf?

Das neoliberale System fördert die Schwächung des Staates (in den USA ohnehin von jeher nicht gut angesehen). Jedoch - und das scheinen selbst manche Linke nicht zu bemerken: Der Staat wird vor allem betreffs einer gerechten Sozialpolitik amputiert und seiner Mittel beraubt, die etwa der Bekämpfung von Wirtschaftsverbrechen dienen. Die Weltwirtschafts- und Finanzkrise ist das beste Beispiel: Wer von den daran Schuldigen wurde für Millionen in die Armut gestürzte Menschen zur Rechenschaft gezogen? Das staatliche Gewaltmonopol wird allerdings dann verschärft, wenn es um das Niederhalten eventuell aufbegehrender Massen von Armen geht. So können sich manche Politiker sogar den Einsatz der Armee zur „Aufstandsbekämpfung“ denken. Das Buch zeichnet ein düsteres Bild der Realität. Es nicht erfunden. Es ist immer da. Nur, dass nicht alle von uns es sehen wollen oder können. Wir alle jedoch sollten nicht wegsehen, sondern uns unsere

Gedanken machen und Schlüsse daraus ziehen. Das vom Autor nach gründlichen Recherchen gefertigte Bild denkt in den vergangenen zwei Jahrzehnten neoliberalistischen Wütens zutage getretene Erscheinungen zusammen, die auf den ersten Blick nicht zusammen zu gehören scheinen. Deregulierungen spielen eine Rolle und das Ausufern prekärer Tätigkeiten. Das Schwächen oder gar Zerstören von Sozialsystemen gehört ebenfalls dazu. Besonders das Rollback zugunsten einer straffixierten Wende in der Strafrechtspolitik muss uns zu denken geben.

Das Gefängnis, müssen wir nach der Lektüre von Wacquants Buch erkennen, ist wie schon einmal in längst vergangenen Zeiten - seitens herrschender Politik, von populistischer Begleitung bestimmter Medien sekundiert, gewollt - zur Aufgabe zurückkehrt, Teile der Bevölkerung oder problematische Räume in unserer Gesellschaft zu zähmen, die sich der neu entstehenden Wirtschafts- und Moralordnung nicht fügen wollen. Sollten wir nicht endlich aufmerken? Warum, das schreibt Wacquant auf Seite 316: „Die Einführung des neuen Regierens mit der sozialen Unsicherheit offenbart letzten Endes, dass der Neoliberalismus seinem Wesen nach demokratiezersetzend ist.“

Das Buch sei möglichst vielen Menschen ans Herz gelegt. Mit dem Hintersinn, endlich erkennen zu mögen, um, wie es der verstorbene Stéphane Hessel ausdrückte, von einem „Empört euch!“ zu einem „Handelt!“ zu kommen. Gewiss ist dieses auf einer wissenschaftliche Studie basierende, dementsprechend verfasste Werk Wacquants nicht zu lesen, ohne dass es im Hirnkasten knackt.

Dennoch: Ich verspreche, die Leserinnen und Leser werden nach der Lektüre einen Gewinn verbuchen. Die vorliegende Sozialstudie gibt nämlich erschreckende Kunde von gegenwärtigen gesellschaftlichen Zuständen. Das Buch zeichnet ein Bild von einem neuen Regime sozialer Ungleichheit, welches eigentlich unsere Gesellschaft aufschrecken müsste. Und enthüllt uns die Folgen von Globalisierung, Deregulierung und Sozialabbau, die der Siegeszug eines eiskalten Neoliberalismus im Verlaufe von zwei Jahrzehnten mit sich gebracht hat und weiter mit sich bringen wird. Sind das Vorboten einer Regierung der sozialen Unsicherheit?

Bei einem Blick auf die teils düsteren gesellschaftlichen Zustände derzeit, beschleicht einen als Leser dieses Buches fast der Verdacht, ein solches Regieren sei längst auf den Weg gebracht. Der Verlag Barbara Budrich nennt „Bestrafen der Armen“ zu Recht ein mutiges

Buch. Wird es auch seinen Leserinnen und Lesern zu Mut verhelfen, die Dinge so nicht länger hinzunehmen?

Das Buch:

Loïc Wacquant: Bestrafen der Armen. Zur neuen Regierung der sozialen Unsicherheit. Verlag Barbara Budrich (Opladen - Berlin - Toronto) 2013, 2. durchgesehene Auflage (Aus dem Französischen von Hella Beister).

359 Seiten, Karton, Originaltitel: Punir les pauvres.

Der Autor

Loïc Wacquant, Professor für Soziologie an der University of California, Berkeley und Wissenschaftler am Centre de sociologie européenne, Paris, unterstützt mit dem Kernelement Partizipation demokratische Vorgehensweisen und nimmt mit der Gleichzeitigkeit lokaler und globaler Bezüge auch den entscheidenden Aspekt der generationalen Gerechtigkeit in den Blick.

Verlag Barbara Budrich
Stauffenbergstr. 7
D-51379 Leverkusen-Opladen

